

Service public im Visier

Bildung Privatschulen machen Druck im Hinblick auf kantonale Budgetdebatte

Die Interessengemeinschaft Bildungsorganisationen mit privatrechtlicher Trägerschaft des Kantons Zürich (IGB ZH) wehrt sich gegen die Konkurrenz durch subventionierte Schulen.

THOMAS MARTH

Die IGB ZH, die private Bildungsanbieter wie Kalaidos, Akad und Juventus vereint, drängt auf eine konsequente Umsetzung von Artikel 11 im Berufsbildungsgesetz. Dort heisst es: «Öffentliche Anbieter, die in Konkurrenz zu nicht subventionierten privaten Anbietern stehen, haben für ihre Angebote der berufsorientierten Weiterbildung Marktpreise zu verlangen.» Diese Vorgabe wird heute im Kanton Zürich nicht erfüllt, wie die IGB gestern anhand einer von ihr selbst durchgeführten Untersuchung darlegte. Unter der Leitung von Nik Kubli wurde das Kursangebot von neun staatlichen oder staatlich subventionierten Schulen mit Angeboten in den Bereichen Wirtschaft und Informatik erfasst und verglichen. «Es bestehen grosse Unterschiede in den Kurskosten», hielt Kubli fest. Angesichts einheitlicher Lehrerbesehung sei dies erstaunlich. Vor allem die Erwachsenenbildung (EB) Zürich fällt durch tiefe Kursgelde auf. Pro Lektion verlangt sie gemäss IGB-Untersuchung rund 10 Franken. Dies sei weniger als die Hälfte des Marktpreises, sagte Kubli. Im Fall der EB sei dies um-

so bemerkenswerter, als sie in den letzten zwei Jahren Defizite von 9,3 und 10,7 Millionen Franken ausgewiesen habe. Erfasst wurden auch die Angebote an der Berufsbildungsschule Winterthur und an der Technischen Berufsschule Zürich. Hier zeigt sich in etwa das gleiche Bild. Als aus Sicht der IGB einziges positives Beispiel sticht die KV Zürich Business School hervor. Für 113 von 177 angebotenen Kursen werden Preise von über 20 Franken verlangt.

Zumindest was die Sprachkurse angeht, zeichnen sich Korrekturen ab. Mit dem Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht 06 soll gemäss regierungsrätlicher Absicht die staatliche Finanzierung von Sprachkursen an den Berufsschulen wegfallen. Die IGB ZH will weiter gehen. Sie will den Service public in der Bildung auf zwei Bereiche beschränken: die Weiter- und Nachholbildung mit Ziel Integration, Stellensuche usw. Sowie die höhere Berufsbildung. Gemäss Kubli liessen sich dadurch rund 150 Millionen Franken einsparen.

Der gestrige Anlass stand unter dem Titel «Bürgerliche Politiker diskutieren mit Vertretern privater Bildungsinstitute». Eingeladen hatte Doris Fiala, FDP-Kantonalparteipräsidentin. Sie verwies auf die anstehende Budgetdebatte im Kantonsrat. Es gehe ihr darum aufzuzeigen, dass Sparen im Bildungswesen nicht nur mit Einschnitten an den Volksschulen gleichzusetzen sei.



Argus Ref 21184009